

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Krusch, Dresden.

Verleger: Gebr. Krusch, Dresden, Neumarkt 10.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen 1,60 M. unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 1,70 M. Ausland täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage 10 Pf.

Redaktion: Neumarkt 10, Tel. 25261.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Neumarkt 10, Tel. 25261.
Verlagszeitung von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Inserate werden die Zeilspalten Preiskarte mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinbarungen. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 232.

Dresden, Freitag den 4. Oktober 1918.

29. Jahrg.

Sofortiger Zusammentritt des Reichstags.

Berlin, 3. Oktober. Prinz Max von Baden ist zum Reichkanzler und zum preussischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden. Er wird am Samstag den 5. Oktober in der für 1 Uhr nachmittags anberaumten Besprechung des Reichstags sein Regierungsprogramm entwickeln.

In Einzelgesprächen ohne Vorwissen sind die Reichsministerpräsidenten Gröber und Scheidemann bestimmt. Der Staatssekretär des Innern Wallraf hat seinen Rücktritt erbeten. Sein Nachfolger wird ein Zentrumsgesandter werden.

Da die Spitze eines durch Abtrennung vom Reichsdienst neu zu gründenden Reichsarbeitsamts soll der partei Unparteiische der Generalkommission der Gewerkschaften, Reichsorganisationsleiter Bauer, treten.

Die Frage, ob ein vom Auswärtigen Amt unabhängiges Reichsarbeitsamt unter einem weiteren Staatssekretär aus dem Parlament errichtet werden wird, ist noch in Behandlung.

Die Ernennung mehrerer Unterstaatssekretäre und der Vollverwirklichung steht bevor. Ueber die Auswahl der Persönlichkeiten sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Das preussische Handelsministerium wird an Stelle des ausgeschiedenen Staatsministers Sydow der Reichstagsabgeordnete Fischel übernehmen.

Schwere Kämpfe mit wechselndem Erfolg.

(Mitteil.) Großes Hauptquartier, den 4. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

In Flandern griff der Feind mit starken Kräften zwischen Doollede und Rocelare an. Beiderseits der Straße Staden-Rocelare drang er in unsere Linien ein; bayerische und rheinische Truppen warfen ihn in schneidigem Gegenstoß wieder zurück und machten hierbei etwa hundert Gefangene.

Nor Cambrai nichts Neues. Teilkämpfe südlich von Audenheul und Preville, in denen 70 Gefangene eingebracht wurden.

Heeresgruppe Boehn:

Auf breiter Front zwischen Le Catelet und südlich von St. Quentin setzte der Engländer erneut zu einseitigem Durchbruchversuch an. Beim ersten Ansturm gelang es dem Gegner, Le Catelet zu nehmen, bis Dourevoir und Montrehain vorzustößen und in Sequhart einzudringen. Beiderseits von Le Catelet warfen wir den Feind wieder in und über seine Ausgangsstellungen zurück. Teile der Reserve-Infanterie-Regimenter 30 und 27 unter Major Guber, Ritterkreuzer Freiherrn v. Wangenheim und Oberleutnant Steuer sowie Batterien des 2. Garde-Feldartillerie-Regiments und des Feldartillerie-Regiments 208 zeichneten sich hierbei besonders aus. Dourevoir wurde wieder genommen. Umfassend angelegter Angriff südlich, rheinischer und lothringischer Bataillone brachte uns wieder in den Besitz von Montrehain. Sequhart blieb nach wechselvollem Kampf in Händen des Feindes. Am Abend folgten hartem Feuer südlich von St. Quentin feindliche Angriffe, die vor unsen Linien scheiterten.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Auf dem Rücken und an den Hängen des Chemin des Dames dauerten die heftigen Vorpostenkämpfe auch gestern an. Stärkerer Angriff der Italiener wurde abgewiesen.

In der neuen Aisne, und der Aisnefront nordwestlich von Reims stehen wir überall in Gefechtsberührung mit dem Feinde.

In der Champagne griff der Feind mit teilweise frisch eingeleiteten französischen und amerikanischen Divisionen auf breiter Front zwischen der Suippes und der Aisne an. Seit Beginn der Schlacht östlich der Suippes und bei St. Marie a Py im Kampfe stehende westfälische und Jäger-Regimenter schlugen auch gestern wieder alle Angriffe des Feindes ab und machten hierbei mehr als 100 Gefangene.

Nördlich von Somme-Py gelang es dem Gegner, auf dem Höhenzug zwischen St. Etienne und Somme-Py, dem Weichen Wege und der Weichenhöhe Fuß zu fassen. Im Gegenangriff warfen wir den Feind über die Höhen zurück. Kleine Franzosenstöße sind zurückgewiesen.

Auf der Front zwischen Orfèuil und der Aisne sind die Angriffe des Feindes vor unsen Linien gescheitert. Südlich von Piry und südwestlich von Rombois kam es hierbei zu besonders heftigen Kämpfen. Regimenter der Garde und aus Pommern, Rheinländer und Bayern warfen den Feind hier völlig zurück. Im Verein mit bayerischen Pionieren wurde dem in Challerange eingedrungenen Gegner der Ort wieder entzogen. Auch am Abend wiederholte Angriffe scheiterten.

Heftige Teilkämpfe des Feindes zwischen der Aisne und dem Argonner Wald wurden abgewiesen.

Wir schossen gestern 25 feindliche Flugzeuge und 7 Kesselbalken ab. Leutnant Jacobs erlangte seinen 33., Weydenbeck Doerr seinen 30. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Sozialdemokratische Staatssekretäre.

In der Stunde der höchsten Not treten Angehörige der Sozialdemokratischen Partei in die deutsche Regierung ein. Angehörige der Partei, die vor dem Kriege geachtet und verehrt wurde und der weite und einflussreiche Kreis am Hofe mit neuen Ausnahmestellungen zuzufinden gegangen waren. Nicht einmal Nachwächter konnte ein Sozialdemokrat werden, und als einmal an der Universität Berlin ein sozialdemokratischer Privatdozent der Physik ausnahmlich wurde extra an Stelle gemacht, um diesen gefährlichen Menschen zu beschäftigen. Als zu Beginn dieses Krieges hat auch ein Sozialdemokrat das Amt einer deutschen Hochschule nicht bekommen dürfen. Unter diesen Umständen wäre es leicht und bequem für die deutsche Sozialdemokratie gewesen, auch jetzt die Beteiligung an der Regierung abzulehnen. Sie konnte ablehnen: Gott für uns in besseren Zeiten von allen Staatsämtern ausgeschlossen, so kann für auch nicht verlangen, daß sie in dieser furchtbaren Zeit die mit einer so schweren Verantwortung verbundene Bürde der Teilnahme an einer Regierung auf unsere Schultern nehmen. Aber wenn die Sozialdemokratie so würde, so handelte sie unendlich feindselig und ihre Teilnahme würde der großen geschichtlichen Bedeutung, die sich unsere Partei immer beigemessen hat, nicht würdig sein.

An Deswegen dürfen wir uns nicht halten, sondern wir haben nur zu fragen, wie wir jetzt und in der Zukunft der deutschen Arbeiterklasse und dem deutschen Volke am besten dienen können. Nun haben wir schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Voraussetzung für eine deutsche Regierung und notwendig erscheint, um der Andehnung eines Weltfriedens einen guten Boden zu bereiten. Der Eintritt der früher zurückgesetzten und verfolgten Partei in die Regierung muß einen jeden im neutralen und feindseligen Ausland, dessen Blick nicht durch fanatischen Haß gegen Deutschland getrübt ist, ein deutliches Zeugnis dafür sein, daß es von nun an die Welt mit einem neuen Deutschland zu tun hat.

Aber auch aus innerpolitischen Gründen kann unsere Partei die Teilnahme an der Regierung nicht ablehnen. Im Deutschen Reichstag besitzt keine einzige Partei die Mehrheit und es ist auch nicht anzunehmen, daß das in absehbarer Zeit anders sein wird. Die Voraussetzung für eine jede parlamentarische Regierung in Deutschland ist also das Zusammenwirken mehrerer Parteien. Nun ist die deutsche Sozialdemokratie nicht dem Zentrum die größte Fraktion des Reichstags. Ohne sie ist eine Reichsregierung im Reichstag nicht möglich, es sei denn, daß sie auch die Konservativen umfaßt. Reicht es die Sozialdemokratie ab, sich an der Regierung zu beteiligen, so fördert sie dadurch entweder die Bildung einer Koalition, in der die stärkste Reaktion einen maßgebenden Einfluß hätte, oder sie macht die Bildung einer parlamentarischen Regierung überhaupt unmöglich. Was hätte es dann aber für einen Zweck gehabt, daß wir die Einleitung des Parlamentarismus verlangt haben, wenn wir durch unser Verhalten das Zustandekommen einer Regierung verhindern würden, bei der auf eine genügende Berücksichtigung der Interessen und Wünsche der breiten Massen zu rechnen ist. Freilich läßt sich nicht verkennen, daß in Zukunft unsere Partei immer weniger sein wird als bisher. Unser ganzes politisches Leben war bis vor dem Kriege in erster Linie unter dem Einfluß der parlamentarischen Arbeit entstanden, aber es war dafür orientiert, daß in dieser Beziehung unserer Tätigkeit keine Schranken gesetzt waren. Das wird, wenn sich das par-

Jeder Taler ist ein Rekrut.
Die Reichsbank lehrt ihn
gegen den Feind marschieren.
Darum zeichnet!

lamentarische Regierungssystem hält, nicht mehr der Fall sein. Viel mehr als früher werden wir zu positiver Arbeit in unserem öffentlichen Leben berufen sein, und jeder von uns muß sich darüber klar sein, daß die Kritik, so notwendig und berechtigt sie war und natürlich auch bleiben wird, leichter ist, als das Bessermachen. Unser politisches Leben wird in Zukunft noch besondere Schwierigkeiten dadurch erwachsen, da wir, wie jetzt, viel mehr auch wieder mit dem Zentrum zusammenwirken müssen. Das Zentrum ist aber keine Partei von einheitlichem Charakter. Neben demokratischen machen sich bei dieser Partei reaktionäre und agrarische Einflüsse stark geltend. Wir werden versuchen müssen, das demokratische Element in dieser Partei im Interesse des politischen Fortschritts zu beibehalten.

Die Sozialdemokratie geht, indem sie sich an der Regierung beteiligt, einen schweren Gang. Sie gibt damit von ihren Zielen und Forderungen ebenso wenig etwas auf, wie sie das bisher bei ihrem Zusammenwirken mit den übrigen Mehrheitsparteien des Reichstags getan hat. Sie ist in keiner Weise gebunden. Sie kann ihre Vertreter in der Regierung, die ja nicht als Privatpersonen, sondern als Bevollmächtigte unserer Partei dort sitzen, jederzeit zurückziehen, wenn sie glaubt, daß ihr weiteres Verbleiben in der Regierung den Interessen der arbeitenden Massen und der Partei nicht mehr förderlich ist. Bei der Bedeutung aber, die die Sozialdemokratie in Deutschland erlangt hat, kann sie sich nicht mehr den bequemeren Lurus leisten, jede Beteiligung an der Regierung abzulehnen. Es ist vielmehr ihre Pflicht, zu versuchen, ob sie auf diesem neuen Wege für das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterklasse Gutes und Nützliches leisten kann.

Vom 4. August zum 5. Oktober.

Der Reichstag, der am nächsten Dienstag zusammenzutreten sollte, ist schon für den Sonnabend dieser Woche, den 5. Oktober, einberufen. Ursprünglich war sogar beabsichtigt, die Sitzung schon heute Freitag, den 4. Oktober, stattfinden zu lassen. Da die von Berlin bereits abgereichten Abgeordneten telegraphisch nicht mehr rechtzeitig zurückgeholt werden, gab man diese Absicht wieder auf. Die Beschlüsse der Einberufung des Reichstags wurde beschlossen, als weder die Zusammenlegung der Regierung, noch ihr Programm schon endgültig und vollständig feststand. Damit wollte man noch im Laufe des Donnerstags fertig werden, und am Freitag soll schon möglicherweise der Hauptausdruck zusammenzutreten, um wichtiger Mitteilungen der neuen Regierung über die außerordentliche Politik entgegenzunehmen.

Unter dem Gebot der Stunde muß also zwischen den Parteien und der neuen Regierung eine ganze Reihe von sachlichen und persönlichen Fragen mit der größten Eile ins Reine gebracht werden. Es ist nicht möglich, Differenzpunkte in aller Ruhe zu beraten, und so wird man wieder von der Bildung der neuen Regierung noch von ihrem neuen Programm etwas ganz Bestimmtes erwarten dürfen. Keiner Streit muß vorläufig beiseite gerückt werden, sondern die Partei muß sich Handlungsmöglichkeiten machen, zu denen sie sich unter ungünstigen Umständen nicht leicht verhalten hätte, manche muß auch Fortdauern, die sie sonst mit ruhiger Abigkeit vertreten hätte, für den Augenblick zurückstellen und sich damit trösten, daß die weitere Entwicklung über Wünsche schon zur Seite bringen wird. Das alles ist sehr notwendig, wenn man nur in der Hauptphase das Richtige trifft. Die Erklärungen der neuen Regierung müssen abgewartet werden, nur soweit man jetzt schon sagen kann, daß sie es ist, wie alles beherrschende Aufgabe betrachtet wird, der Welt so rasch wie möglich einen für alle Völker, zum besonders natürlich auch für das deutsche Volk erträglichen, Bestand verprechenden Frieden wiederzugeben. Zu diesem Zweck wird eine Erklärung über den nun zu schließenden Völkerverbund an die Spitze des neuen Regierungsprogramms gestellt werden. Damit ist schon gesagt, daß die neue Regierung in diesem Punkt den Zentralpunkt des ganzen Friedensproblems erblickt. Vielleicht darf erwartet werden, daß sie in der Tat verfahren wird, wie das schon die längste Zeit in der sozialdemokratischen Presse angedeutet worden ist, nämlich, daß sie vorzuziehen wird, eine einseitige Friedensverhandlung sofort mit der Erörterung des Völkerverbundes zu beginnen.

Dies ist nach unserer Überzeugung die einzig richtige Methode, das neue Gebäude des Völkerverbundes von Grund auf aufzubauen. Sind nämlich die Berechtigungen der Völker erst einmal über den Grundriss hinweg, dann ist die neue Friede durch das System des Völkerverbundes gesichert werden müsse, so werden alle übrigen Fragen, Fragen territorialer Besitzverhältnisse, der Entschärfung, der künftigen Weltwirtschaft von diesem zentralen Gesichtspunkt aus zu betrachten sein. Alle Fragen werden dann zu erledigt werden müssen, daß jedes der beteiligten Völker in vollkommener Freiwilligkeit und in Erkenntnis seiner ungeheuren Vorteile dem Völkerverbund beitrete. Jedes Volk wird dann selbständig seine Forderungen, die dem Gegner unerschrocken entgegenzutreten, anzunehmen oder umzusetzen auf Forderungen, auf die es verzichten kann, wirklich zu verzichten. Dem Annetionismus, der den kommenden Weltfrieden zu untergraben droht, die Gesetze künftiger Völkerverträge herauszufordern, kann auf diese Weise Weg und Steg verbaut werden.

Die Regierung des deutschen Volkes wird bereit sein für ihren Teil Opfer zu bringen, um das große Werk des künftigen Weltfriedens zu sichern, es ist aber selbstverständlich, daß diese Opfer eine feste Grenze haben, die nicht überschritten werden kann, ohne das Werk selbst aufs Angehe zu gefährden. Von Staatsmännern des feindseligen Auslands ist wiederholt erklärt worden, es bestehe nicht die Absicht, dem Deutschen Reich einen Frieden nach der Art jenseit von Brest-Litowsk anzubieten. Es ist leicht möglich, daß die gegenwärtigen Regierungen bald Gelegenheit gegeben werden wird, zu zeigen, ob dieses Wort eine Wahrheit ist, auf die man treten kann. In einer Verammlung der Unabhängigen sagte jüngst der Abgeordnete Quast, auch seine Partei wolle nicht den Frieden um jeden Preis. Es ist erfreulich, daß wenigstens in diesem Punkte Übereinstimmung besteht. Selt der Abgeordnete Quast Wort, so wird er die neue Regierung unterstützen müssen. Von ihr wird man nämlich wohl sagen können, daß sie den Frieden will um jeden Preis, der die Zukunft des deutschen Volkes nicht schwerer belastet, als selbst die aufgewungene Fortsetzung des Krieges dies tun würde.

Die Beschlüsse der Beratungen, die Teilnahme der Sozialdemokraten an der Regierung, die Ernennung Scheidemanns als Staatssekretär in die Reichsregierung, Bauers als Staatssekretär im Arbeitsamt, Dawids als Ministerpräsidenten in das Auswärtige Amt, das alles zeigt, daß etwas sehr Großes im Werke ist.